

Antrag 81/I/2022**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Aufarbeitung der SPD-Russlandpolitik jetzt!**

- 1 Der Vorstand der SPD wird aufgefordert:
- 2 1. eine interne Auseinandersetzung in einem Pro-
- 3 zess mit Berichtswesen zur Aufarbeitung der SPD-
- 4 Russlandpolitik seit 2000 einzusetzen, um Bezie-
- 5 hungen zwischen führenden (auch ehemaligen)
- 6 Parteimitgliedern und Politiker*innen und Wirt-
- 7 schaftsvertreter*innen der Russischen Föderation zu
- 8 untersuchen und persönliche Bereicherungen und
- 9 Vorteilsnahmen offenzulegen. Diese soll sich mit
- 10 Fällen von zu großer Nähe wirtschaftlicher und po-
- 11 litischer Interessen auseinandersetzen, die mit sozi-
- 12 aldemokratischen Werten nicht vereinbar sind. Da-
- 13 bei soll geklärt werden, ob und wie es zu einer
- 14 mangelnden Wahrnehmung und Ernstnehmen der
- 15 Bedrohungsperzeption östlicher Partner, sowie der
- 16 Priorisierung der Beziehungen zu Russland statt zu
- 17 anderen Ländern Osteuropas gekommen ist.
- 18 2. Zu den Ergebnissen der Auseinandersetzung und
- 19 möglichen notwendige Schritte zur politischen Un-
- 20 abhängigigkeit gegenüber Russland wird der Partei-
- 21 vorstand zu einem parteiöffentlichen Austausch
- 22 einladen.
- 23 3. Die Untersuchung wird geschlechterparitätisch, aus
- 24 verschiedenen Fachbereichen und Regionen besetzt
- 25 (Forschung, Think Tanks, NGOs). Die Leitung dieses
- 26 Prozesses wird einer in ihrer Russlandposition unab-
- 27 hängigen Person besetzt.

28

29

Begründung

31 Die SPD ist seit vielen Jahren uneins über ihre Russlandpo-
32 litik. Während manche führende Parteimitglieder die Nä-
33 he zu russischen Politiker*innen suchten und auf Dialog
34 und Handel mit der Russischen Föderation setzten, forder-
35 ten andere die Beibehaltung und Ausweitung der europäi-
36 schen Sanktionen gegenüber Russland, welche nach der
37 völkerrechtswidrigen Annektion der Krim und dem Krieg
38 in Donbass verhängt wurden. Insgesamt wirkt unsere Par-
39 tei in ihrem Verhältnis zu Wladimir Putins Regierung nach
40 außen oft gespalten.

41

42 Mit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieg
43 Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 befin-
44 det sich die deutsche Russlandpolitik allgemein, und die
45 der SPD im Besonderen vor einer Zäsur. Mehrere Politi-
46 ker*innen unserer Partei stellten öffentlich fest, sich in ih-
47 ren Grundannahmen bezüglich der russischen Ziele ge-

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt bei Annahme 82/I/2022 (Konsens)**

48 täuscht zu haben und bezeichneten ihre Politik der ver-
49 gangenen Jahre als Fehler. Diese Einsicht ist verständlich
50 und zu begrüßen. Wir sollten diesem Politikwandel Raum
51 geben und ihm gebührenden Respekt und inhaltlichen
52 Aufwand zollen.